

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

18.1.1919 (No. 16)

Expedition: Karlsruhe, StraÙe Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Verlagspreis: vierteljährlich 4 A 75 P. durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 A 92 P. — Einzelnnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal abgesetzte Zeile oder deren Raum 25 P. zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag. Besondere nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Rasterbetonung, Prospektbetonung und Konturbetreibung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Betriebsstörungen im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Das Wichtigste.

Der Ort der Nationalversammlung.

Wie der „Berl. Vol. Anz.“ erfährt, hat sich die Regierung, namentlich entschlossen, die Nationalversammlung nicht in Berlin zusammenzutreten zu lassen. Nachgehend bei dieser Entscheidung dürften in erster Linie die von süddeutscher Seite gemachten Wünsche gewesen sein, die darauf hinausgingen, die Nationalversammlung an einem mehr zentral gelegenen Ort Deutschlands tagen zu lassen. Man wird also einen Ort in Mitteldeutschland zu wählen haben. Die Entscheidung dürfte gleichzeitig den Vorteil bringen, daß die Nationalversammlung frei von Störungen arbeiten kann.

Die Friedensverhandlungen.

* Die „Agence Havas“ meldet unterm 17. Januar aus Paris: Der Präsident der Vereinigten Staaten und die Premierminister und Minister des Äußeren der alliierten und assoziierten Mächte hielten im Beisein der Gesandten in London und Paris vormittag 10.30 bis 12.30 Uhr eine Sitzung im Ministerium des Äußeren ab. Sie sprachen über die Beziehungen zwischen Konferenz und Presse und beschlossen, sich heute 5 Uhr unter Führung der fremden Presse und der alliierten Pressevertreter zu einem Meinungsaustausch über die beste Arbeitsmethode der Versammlung zu begeben. Die Versammlung beschloß sich hierauf mit der Prüfung der Lage in Rußland und beschloß, daß sich die Vorstehenden die zuletzt eingegangenen Nachrichten mitteilen sollen, um sie gemeinsam zu prüfen. Auf die Erörterungen des internationalen Kriegesrates kann die Presse heute noch nicht eingehen. Sie teilt nur einige Indiskretionen mit. So geht „Echo de Paris“, bekannt, daß die Frage der Beteiligung der Bolschewisten noch lange nicht geregelt sei. Die Bolschewisten bemühten sich mit allen Kräften, an der Konferenz teilzunehmen. Das Blatt weiß ferner zu melden, daß Lloyd Georges Angabe seiner nächsten Umgebung zufolge seinen Standpunkt, mit der Sowjetregierung in Beziehungen zu treten und ihre Vertretung an der Konferenz teilnehmen zu lassen, nicht aufgegeben habe, solange sich die Delegation der Sowjets dem Reglement der Konferenz unterordne. Bezüglich der Kolonialfragen sieht das Journal heftige Debatten voraus, in welchen die Diplomaten ihre ganze Erfahrung zum Ausdruck bringen müssen. Die beiden afrikanischen Kolonialmächte, Frankreich und England, werden den italienischen Wünschen, die nicht nur auf die Libia und Kleinasien, sondern auch auf Libien und Cyrenaika sich beziehen, gegenüberstehen. Die Lösung dieser Frage werde zweifellos nicht einfach sein, es sei denn, daß die italienischen Staatsmänner in der Erinnerung an die Schwierigkeiten, die Italien trotz jahrelanger Bestätigung in der Cyrenaika nicht überwinden konnte diese Lösung ermöglichen.

Gegen die neuen Waffenstillstandsbedingungen.

Wie die „B. V.“ von den zuständigen Berliner Stellen hört, haben sich die Ressortminister, soweit sie überhaupt gefragt werden konnten, fast einmütig gegen die Annahme der neuen Waffenstillstandsbedingungen ausgesprochen. Insbesondere der Leiter des Reichswirtschaftsamtes hat erklärt, die Bedingungen über die Auslieferung der landwirtschaftlichen Maschinen nicht unterschreiben zu können, da diese die Vorbereitung einer organisierten Hungersnot für Deutschland bedeuten. Der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes hat von der Bedingung der Ablieferung deutscher landwirtschaftlicher Maschinen erst durch die Presse Kenntnis erhalten. Er erklärte ausdrücklich, daß er diese Bedingungen niemals unterschreiben würde, da er eine derartige Verantwortung nicht hätte übernehmen können. Wie wir weiter hören, würde es nach Lage der Dinge unmöglich sein, die geforderten landwirtschaftlichen Maschinen in absehbarer Zeit neu wieder herzustellen.

Jugendkundnisse Lohs.

* Schon im Walde von Compiègne waren zwei Fragen Gegenstand eingehender Verhandlungen, die Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen und das Verhältnis zwischen den linksrheinischen und rechtsrheinischen Gebieten. Namentlich ist, so wird aus Berlin gemeldet, für unsere Kriegsgefangenen wie auch für den Verkehr zwischen dem linksrheinischen und rechtsrheinischen Gebiet ein gewisser Abschluß erreicht durch einen in Xrier stattgefundenen Briefwechsel zwischen dem Staatssekretär Erzberger und Marschall Hoch.

In dem Schreiben des Staatssekretärs Erzberger an Marschall Hoch heißt es: „In kurzer Frist hat Deutschland sämtliche Kriegs- und Zivilgefangenen freigegeben. Der Augenblick ist gekommen, in welchem auch die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen ihrer Heimat u. ihren Familien zurückgegeben werden müssen. Ich richte daher an Sie, Herr Marschall, die dem-

gende Bitte, Ihren Einfluß bei den alliierten Regierungen dahin geltend zu machen, daß schon vor dem Beginn der Verhandlungen über den Präliminarfrieden alle in den Händen der Alliierten befindlichen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen unverzüglich in die Heimat entlassen werden. Ich richte die weitere Bitte an Sie, die Ihnen unterstellten Kommando- und Behörden anzuweisen zu wollen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den besetzten und nichtbesetzten Gebieten insoweit wiederherzustellen, als es mit der Sicherheit der alliierten Besatzungsarmee sich irgendwie vereinigen läßt. Das Fortbestehen der bisherigen Sperr- und Bagenerverbot würde namenloses Elend und Unruhen in einem Maße herbeiführen, das auch den Alliierten nicht wünschenswert erscheinen kann.“

Marschall Hoch antwortete am 16. Januar u. a.: „Ich beabsichtige, die rasche Rückförderung der die meiste Teilnahme einfließenden Kategorien von Gefangenen bei den alliierten Regierungen zu befürworten, ferner bin ich bereit, den Warenaustausch zwischen den besetzten und unbesetzten Gebieten in dem Maße zu gestalten, daß dadurch Arbeitslosigkeit und die sich daraus ergebenden Unruhen vermieden werden.“

Arbeitslosenfürsorge.

Karlsruhe, 18. Januar.

* Der Karlsruher Ausschuss für Arbeitslosenfürsorge richtet folgenden Aufruf an die gesamte Bürgerschaft der Stadt Karlsruhe und Umgebung, an die staatlichen und städtischen Behörden:

Die Arbeitslosenfrage ist zurzeit eine Frage von allergrößter Wichtigkeit. Sie ist keine vorübergehende Erscheinung, sondern sie ist wohl erst im Anfangsstadium, da vorläufig noch nicht alle Kriegsteilnehmer zur Entlassung gekommen sind — Kriegsgefangene, Soldaten von der Offizier usw. —, andererseits gewisse Vorräte von Rohstoffen, welche durch die bis November 1918 vollständig aufrechterhaltenen Betriebe noch vorhanden sind, sehr rasch abnehmen werden. Durch die großen Bergwerkskreise und die allgemeinen politischen Verhältnisse ist in erster Linie die so äußerst wichtige Kohlenproduktion und Kohlenverfeuerung gebremst, dadurch schon die Einschränkung von vielen Betrieben bedingt und der Ausfall an Rohstoffen und Halbfabrikaten hervorgerufen, die zum Betriebe anderer Unternehmen notwendig sind.

Vor erlangtem Friedensschluß ist eine Besserung hierin kaum zu erwarten, dieser sollte geregelt Verhältnisse, den freien Verkehr mit den besetzten Gebieten und die Öffnung der Grenzen bringen die einen Auffassung der wirtschaftlichen Ergebnisse in Deutschland ermöglichen und damit die Aufnahmefähigkeit von Arbeitskräften durch die Industrie wie vor dem Kriege.

Daß die Zahl der Arbeitslosen im Sommer durch Aufnahme von solchen in der Landwirtschaft vorübergehend geringer sein wird, ist anzunehmen.

Mit erheblichen Rohstoffarbeiten dürfte somit wenigstens bis zum Frühjahr 1920 zu rechnen sein; treten die Bedingungen der vorhergehenden Abschnitte später oder zum Teil überhaupt nicht ein, so ist mit entsprechend längerer Zeit zu rechnen.

Es ist somit Pflicht, sich mit dieser Frage eingehend zu befassen und Mittel und Wege zu finden, Arbeitsgelegenheit zu beschaffen. Gründe hierfür: es handelt sich in sehr vielen Fällen um Kriegsteilnehmer, die ihr Leben für alle auf Spiel gesetzt haben und die 4 1/2 Jahre lang uns und sich selbst Haus und Hof vor dem Verderben bewahrt haben. Diese haben in ihrer unerschuldeten Lage vollen Anspruch an die Mitbürger und Behörden auf Hilfe, nachdem sie in so unergieblicher Weise geholfen haben. Wie es seinerzeit Pflicht der Betroffenen war, daß sie als Soldaten auszogen, eine Pflicht, die Jedermann als ganz selbstverständlich ansah, so ist es jetzt Pflicht jedes Nichtarbeitslosen, nach Kräften für sie zu wirken, denn er verdankt ihnen mit, daß er selbst nicht arbeitslos ist.

Die Revolution hat der Demokratie zur Herrschaft verholfen, die den Grundsatz „Einer für alle und alle für einen“ vertritt. Man gehöre nun einer Partei an, welcher man wolle, jetzt gilt es, nicht nur mit Worten, sondern mit Taten diesen angenommenen Grundsatz zu beweisen, selbstlos aus reinem Bürgerstolz ohne geldlichen Vorteil sich in den Dienst der Sache stellen, jeder nach seinem Können.

Ein weiterer Hauptgrund ist, die Betroffenen durch Arbeit dem Volkstörper auch fernherhin als tüchtige, brauchbare Glieder zu erhalten. Es kann kaum zweifelhaft sein, daß ein nicht allen Menschen innewohnender hoher moralischer Halt dazu gehört, sich bei längerer Untätigkeit sittlich auf voller Höhe zu halten, besonders wenn durch die Unterstützung ein auskömmliches Leben gesichert ist. Wer an keine Zeiten gebunden ist, hat leicht Gelegenheit zu Ausgaben; mancher reicht somit

selbst mit immer gesteigerten Zuschüssen nicht aus, leicht wird der Betreffende mit unerfüllbaren Forderungen herantreten.

Also erste Pflicht: rasche Bereitstellung von Arbeitsgelegenheit, aber nicht nur für den Augenblick, sondern auch für die Zukunft. Andererseits ist es Pflicht der Arbeitslosen, durch Annahme von gebotener Gelegenheit sich Arbeit zu beschaffen, Pflicht gegen Pflicht.

Auf welche Weise kann Arbeit beschafft werden?

1. Durch den Versuch, in Betriebe — große kleine und kleinste — die über Material verfügen und nötigenfalls auf Vorrat arbeiten können, noch Leute hineinzubringen durch Vorgesprächen von geeigneten Persönlichkeiten von Betrieb zu Betrieb.

2. Durch Auffuchen von vorübergehenden Einzelarbeitsgelegenheiten durch Aufforderung in den Zeitungen, Rundschreiben usw. zwecks Erledigung von Aufträgen, Aufräumungsarbeiten, Reinigungsarbeiten u. dergl.

3. Durch Aufnahme von Massenarbeiten, in Karlsruhe u. a. Erstellung eines Rheinhafenbedens, Ausführung von Kanalarbeiten, Rodung von Gelände usw.

Mitbürger, Staat, Stadt unterstützt alle unsere Bestrebungen.

Im Namen des Ausschusses für Arbeitslosenfürsorge der Stadt Karlsruhe

Bindenmeyer, Bürger der Stadt.

Wir geben diesem aus der Not der Stunde geborenen Aufruf umso lieber Raum, als sein Inhalt nicht allein für Karlsruhe, sondern für ganz Baden Geltung hat. Es wäre aufs wärmste zu begrüßen, wenn die Vorlegungen des Verfassers dazu beitragen würden, den schon bisher, insbesondere von den staatlichen Behörden, in Angriff genommenen und angeregten Fürsorgebestrebungen tatkräftige Unterstützung und Racheiferung zu sichern.

Die Verhandlungen der Waffenstillstandskommission.

Über den Verlauf der Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstandes gibt das BVB. noch eine kurze Übersicht, wobei es ihm weniger auf die wortgetreue Wiedergabe, als darauf ankommt, Geist und Stimmung der Verhandlungen festzuhalten.

Marschall Hoch: Am 17. Januar, morgens 5 Uhr, läuft der Waffenstillstand ab. Ich erwarte eine Antwort bis morgen, den 18. Januar, vormittags.

Staatssekretär Erzberger: Zu welcher Frist ist die Verlängerung in Aussicht genommen?

Hoch: Wie bisher für einen Monat.

Erzberger beruht nunmehr die bereits im Auszuge mitgeteilte Rede, welche diesmal im Gegensatz zu früheren Gepflogenheiten des französischen Dolmetschers abschnittsweise überföhrt wird. Hoch hört gespannt zu und wird erregt, sobald sein Name fällt.

Nach Beendigung des Abschnittes der Rede, welcher die Ablieferung des Eisenbahnmateriale behandelt, greift Hoch sehr lebhaft ein.

Hoch: Ich bin ganz überrascht, daß von mir gegebene Zusagen nicht gehalten worden sein sollen. Ich verlange präzise Angaben.

Erzberger: Ich habe durch General Winterfeldt wiederholt und in letzter Zeit täglich eine Menge von Einzelheiten mit ganz genauen Angaben über die Behandlung des deutschen Eisenbahnpersonals, welches zur Abgabe von Lokomotiven und Wagen im besetzten Gebiet fuhr, durch den General Loubant in Spaa überreichen lassen.

Hoch: Ich wiederhole, mir ist von diesen Angaben nichts bekannt. Ich bitte um weitere Einzelheiten.

Erzberger: Dann kann ich nur sagen, daß meine dem General Medant übergebenen Angaben nicht weitergegeben worden sind. Soweit es mir in Xrier möglich ist, werde ich sofort Material zusammenstellen und heute nachmittag dem französischen Generalstabschef Wegand überreichen lassen.

Die Aussprache über die Auslegung des Artikels 6, wonach die Abnahme von Kriegsmaterialien, die vor Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages stattfand, nicht strafbar sein sollte, gestaltete sich besonders dramatisch.

Erzberger: Ich muß darauf hinweisen, daß trotz der gegebenen Zusicherungen eine Reihe von Werksleitern, die im guten Glauben Industriematerial von den deutschen Militärbehörden übernommen haben, jetzt von den Alliierten bestraft und ins Gefängnis gesetzt werden. Es liegen hier ausschließlich Fälle von Teilnahme an den im § 6 bezeichneten Kriegsmahnahmen vor, die nach dem Waffenstillstandsabkommen straflos sind. Ich erwarte, daß Marschall Hoch über diese einzelnen Fälle eine Untersuchung anordnet und nach Einsicht in den Tatbestand die widerrechtlich Verhafteten freiläßt.

Hoch: Ich erkläre mich bereit, die Fälle zu untersuchen. Den Höhepunkt erreicht die Aussprache, als Staatssekretär Erzberger das Kapitel der Ausweisungen der Deutschen aus Elsaß-Lothringen in Angriff nimmt.

Hoch: Die Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen haben mit der französischen Regierung gar nichts zu tun. Hier handelt es sich um rein militärische Fragen. Das Kriegsziel ist die Sicherheit der alliierten Truppen. Ich lehne es ab, über Maßregeln militärischer Art Besprechungen oder Kritik anzunehmen.

Mit einer Beilage: Verhandlungen der verfassunggebenden badischen Nationalversammlung.

Im übrigen erinnere ich an das Verhalten der Deutschen in Lille und Nordfrankreich.

Erzberger: Das war im Kriege, jetzt sind wir im Waffenstillstand.

Foch: Frankreich lebt mit Deutschland nicht im Frieden. Ich bin Soldat. Wo kein Frieden ist, ist Krieg, ein Drittes gibt es nicht.

Erzberger: Das Dritte ist eben der Waffenstillstand. Ich selbst habe während des Krieges wiederholt durch deutsche Soldaten Nachrichten an die Bewohner Lilles über ihre Familienangehörigen gelangen lassen. Man könnte doch wenigstens die Parteien gegen die esch-lothringischen Bewohner dadurch mildern, daß man die Postsperrung aufhebt.

Foch: Lassen wir dieses Kapitel. Ich bleibe dabei. Die Bilanz von Lille und Nordfrankreich würde nicht zu Ihren Gunsten ausfallen. An dem Kriegszustande in Esch-Lothringen wird nichts geändert.

Erzberger: Das ist tief bedauerlich, denn hier müssen nur Unschuldische leiden und dabei hat Frankreich nicht einmal einen Vorteil davon.

Den nächsten Anlaß zu einer Wiederaufnahme der Aussprache gab die Stelle in Erzbergers Rede, Deutschland würde nicht der Finanzflaute der Alliierten.

Foch: Ich weise es zurück, daß der interalliierte Finanzkommissar, der Vertreter der französischen Regierung, den Vorwurf des Bolschewismus verdient.

Erzberger: Ich bringe nur Tatsachen. Tatsache ist, daß für den Fall der Annahme der französischen Finanzbedingungen der Finanzkommissar uns Verhältnissen aussetzt, deren Ähnlichkeit mit bolschewistischen Zuständen nicht bestritten werden kann.

Foch: Wir haben in der Waffenstillstandskommission nur Kriegsfragen zu verhandeln, keine Rechtsfragen.

Erzberger: Einverstanden. Die Angelegenheit ist eine Rechtsfrage. Wir werden über die ganze Angelegenheit überhaupt nicht mehr verhandeln.

Foch: Schweigt.

Zu dem Passus über die Notwendigkeit, die deutschen Kriegsgefangenen zurückzugeben und auf die direkte Anfrage, wann auf die Rückgabe zu rechnen sei, erteilt Foch zunächst keine Antwort. Als er unmittelbar auf die in der Türkei befindlichen deutschen Gefangenen angesprochen wird, wendet er sich an den englischen Admiral, der nach einem demonstrativen Schweigen endlich bemerkt: Ich habe keine Antwort zu geben. Dasselbe sagen seine beiden Begleiter.

Erzberger: Wenn ich keine Antwort erhalte von den Vertretern Englands, so muß ich annehmen, daß England schweigend zusieht, wie durch verbrecherische Latenzlosigkeit Deutsche in den Tod getrieben werden, durch eine Latenzlosigkeit, die schlimmer ist, als die Grenz gegen die Armenier, deshalb muß ich darauf bestehen, daß mir eine Antwort gegeben wird.

Foch: Ich werde die Sache prüfen.

Erzberger: Ich bin dankbar für diese Auskunft, aber sie ist ungenügend. Die Antwort muß erteilt werden in der Schiffsfahrtskommission, denn die Frage des Rücktransportes unserer Gefangenen ist uns ebenso wichtig, wie die Frage der Lebensmittelversorgung. Schiffe sind genügend vorhanden.

Darauf überreichte Staatssekretär Erzberger ein Exemplar der hohen verlesenen Rede dem Marschall Foch. Auch der englische Vertreter wünscht ein Exemplar.

Foch: Ich nehme Kenntnis vorbehaltlich der von uns bereits mündlich erhobenen Einwände. Ich erwarte Antwort morgen früh.

Eine Rede Clemenceaus.

Die Kammer hat ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Zu Eingang der Sitzung hielt Clemenceau eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Die Arbeiten der Kammer würden jetzt in einem Geiste vollkommener Herzlichkeit und Versöhnlichkeit fortgesetzt. Die Regierung habe ihre Politik Rußland gegenüber nicht geändert. Es beständen hinsichtlich der Friedenskonferenz und ihrer Aufgaben Meinungsverschiedenheiten, aber man versammle sich gerade aus dem Grunde, um diese Verschiedenheiten in den Ansichten zum Ausgleich zu bringen. Wir haben einen Krieg hinter uns, der die Welt von Grund aus umgestaltet und der die Interessen von fünf Erdteilen berührt und da erheben sich Tausende von Fragen. Es ist das erste Mal, daß sich Delegierte aller Nationen der Erde vereinigen. Zum ersten Mal ergibt sich neben mehr oder weniger kleintlichen Erwägungen der Gedanke eines allgemeinen Friedens, der die ruhige Entwicklung der Zivilisation gewährleisten soll. Das ist ein hohes Ziel, das schwer zu verwirklichen ist, das gar nicht zu verwirklichen ist, wenn das Parlament uns seine Mitwirkung vorenthält.

Bezüglich der Demobilisierung erklärte Clemenceau, daß am 31. März die gesamte Landwehr-Reserve, die erste Landwehr-Armee, sowie zwei Klassen der aktiven Armee entlassen würden. Er wandte sich ferner gegen die vielen falschen Gerüchte und täuschenden Meldungen hinsichtlich der Friedenskonferenz und erwähnte, daß Präsident Wilson aufgebracht gewesen sei über ein für Amerika bestimmtes Telegramm, in dem gesagt wurde, Wilson habe mit der Heimführung der amerikanischen Armee und mit seiner eigenen Abreise gedroht, falls man bestimmte Forderungen nicht bewillige.

Clemenceau schloß mit den Worten: „Wir wollen den Krieg beendigen in vollem Einverständnis mit allen zivilisierten Nationen, den hohen Idealen einer besseren Menschheit zuliebe.“

Heimkehr deutscher Zivil-Internierter aus England.

Der Vertreter der englischen Regierung im Haag hat dem dortigen Vertreter der deutschen Regierung mitgeteilt, daß am 10. Januar 1000 und am 11. Januar 600 bis 600 deutsche Zivil-Internierte England verlassen haben. Am 10. Januar sind auch bereits 350 deutsche Zivil-Internierte in Rotterdam eingetroffen.

Eine Rede Scheidemanns.

In einer Rede, die Volksbeauftragter Scheidemann in Kassel hielt, erklärte er u. a.: Die Reichsregierung hat beschlossen, daß die deutsche Friedensdelegation geführt werden solle vom Staatssekretär Graf Brockdorff-Ransau und mir. Ich soll ganz besonders selbst mitgehen, um aller Welt zu zeigen, daß ein neues Regiment in Deutschland besteht, ein sozialistisches und demokratisches Deutschland. Es ist klar, daß für unsere Verhandlungen nur das Wilsonsche Programm in Frage kommt. Wahrscheinlich am 6. Februar wird die Nationalversammlung zusammentreten. Alle Versuche, die Wahlen und den Zusammentritt der Nationalversammlung zu verhindern, sind aussichtslos. Wir werden ihnen energisch begegnen. Die Vermutung, daß wir uns durch die Spartakistenputsche nach rechts drängen lassen, ist falsch.

Zur Präsidentenfrage

Wie der Münchener Vertreter der „Tägl. Rundschau“ zuverlässig erfährt, werden die einzelnen Gliedstaaten bei der inneren Neugestaltung des Reiches davon absehen, Präsidenten aufzustellen. Die süddeutschen Bundesstaaten sind dahin über-

eingekommen, als Staatspräsident lediglich ein Regierungskollegium vorzuschlagen, so daß nur die Gesamtheit der deutschen Bundesstaaten einen Präsidenten, den Reichspräsidenten, als erste Reichsspitze erhalten wird. In den Bundesstaaten soll an der Spitze der jeweilige Ministerpräsident stehen. Diese Absicht hängt mit der Erwägung zusammen, daß wenn die einzelnen Staaten ihrerseits Präsidenten wählen würden, in dem Präsidentenkollegium der preussische Präsident die Vormachtstellung hätte.

Spartakus.

In einer Versammlung der Hamburger Kommunisten teilte ein Redner mit, daß die Rennerkommission des Arbeiterrates für Hamburg-Altona und Umgebung für heute Samstag den allgemeinen Ausstand und eine große Kundgebung aus Symphonie für Liebknecht und Rosa Luxemburg beschlossen.

In Leipzig traten als Demonstration gegen die Vorgänge, die zum Tode von Dr. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geführt haben, gestern vormittag die Arbeiter zahlreicher Fabriken in den Ausstand. Der Straßenbahnverkehr war infolge Lohnstreiks der Angestellten vollkommen eingestellt. Es bildeten sich Demonstrationen, welche durch die Stadt zogen. Sämtliche bürgerlichen Zeitungen wurden am weiteren Erscheinen verhindert und die Flugblätter der demokratischen und der deutschnationalen Volkspartei auf öffentlichen Plätzen verbrannt. Auf dem Augustaplatz loderten Scheiterhaufen von mittags bis in die späten Abendstunden. In das Bureau der demokratischen Partei drang eine Menge ein und vernichteten das Werbematerial. Die Menge war sehr erregt. Zahlreiche Soldaten wurde die Axt abgehauen, Offiziere die Hüftstücke abgenommen, Wagen angehalten und die Insassen durchsucht.

In Breslau wurde das Wahlbureau der deutsch-demokratischen Partei gestürmt und verwüstet. Die Plakate, Wahlaufrufe und Stimmzettel wurden auf die Straße geworfen und unter Gejohle verbrannt.

Die „Berl. Morgenpost“ schreibt: Nicht nur die tiefbedauerlichen Vorgänge in Breslau, sondern Meldungen auch aus anderen Städten lassen darauf schließen, daß die Spartakushebel, den nach ihrem Berliner Fiasko das Feld ihrer unheimlichen Tätigkeit nunmehr nach anderen Städten verlegt haben.

Aus Hamburg wird unterm 16. berichtet: Heute morgen sind Regierungstruppen in Stärke von etwa 50 Mann in die Kolonie der Stadlanlage Lohberg eingezogen, um in den Häusern Nachsuchungen nach Waffen der Spartakisten vorzunehmen. Die Spartakisten, an deren Spitze der Arbeiterrat, sind in die Grube eingefahren und haben die Belegschaft von etwa 2000 Mann gezwungen, auszufahren. Die Spartakisten bewaffneten sich danach mit Maschinengewehren und Handgranaten und stellten Patrouillen rund um den Ort auf. Die Regierungstruppen sind nach Dinslage abgezogen.

Die Spartakusgruppe in Düsseldorf hat während der Anruhen, der letzten Woche die Übernahme der öffentlichen Gewalt, die Handhabung des Sicherheitsdienstes, die Abfertigung von Beamten und die Auflösung des Arbeiterrates gefordert. Diese Forderungen sind bekanntlich von der Stadtverwaltung im Einvernehmen mit dem Arbeiterrat rundweg abgelehnt worden. Es wurde der Spartakusgruppe nur zugestanden, in dem von ihr besetzten Haus der „Volkstimme“ eine Hauswache zu halten. Diese Hauswache sollte jedoch das Haus bewachen nicht verlassen. Schon am folgenden Tag wurde diese Abmachung durchbrochen. Es ist festgestellt, daß die Wache auf Grund eines vorbereiteten Planes bewaffnet in einem Auto einen Randberaubung in die Umgebung veranfaßte, wobei sie in Angermund die Stationskasse und das Postamt beraubte und Lebensmittelgeschäfte plünderte. Infolge dessen wurde die Wache heute entwaffnet und aufgelöst. Damit ist die Ruhe und Ordnung in Duisburg völlig wiederhergestellt. Die „Volkstimme“ ist heute wieder an ihren alten Besitz übergegangen.

Zum Tode der Spartakistenführer.

Von spartakistischer Seite war behauptet worden, daß Liebknecht nicht auf der Flucht erschossen, sondern durch von vorn auf ihn abgegebene Schüsse ermordet worden sei. Nach den amtlichen Feststellungen hat die Untersuchung jedoch ergeben, daß die drei Schüsse, denen Liebknecht zum Opfer fiel, von hinten auf ihn abgegeben worden sind und nicht, wie die „Freiheit“ behauptet, von vorn. Um jeden Verdacht der Parteilichkeit von der Untersuchung zu vermeiden, hat die Division der Reichsregierung den Vorschlag gemacht, einen Vertrauensmann der Unabhängigen zu den Untersuchungen zu entsenden, der allen Verhandlungen betwohnen soll.

In der vergangenen Nacht versuchten H. W. D. vier Spartakistenführer, die während der Spandauer Spartakistenunruhen dort verhaftet worden waren, am Regler Tor einen Fluchtversuch. Das Begleitkommando schoß, als die Flüchtlinge auf Anruf nicht stehen blieben, auf sie und tötete die vier Flüchtenden.

Cuxhaven.

Wie die „Hamburger Nachr.“ aus Cuxhaven melden, stand dort am 16. Januar, morgens 8 Uhr, nachdem der A. und S.-Rat auf die aufgestellten Forderungen der Beamten eine Antwort nicht erteilt hatte, plötzlich der Verkehr der staatlichen Betriebe still. Der A. und S.-Rat gab am Abend bekannt, daß sein Beschluß vom 11. ds., der zur Ausrufung der Republik Cuxhaven führte, rückgängig gemacht würde. Der Hamburger Senat erklärte sich bereit, in Zukunft mit dem A. und S.-Rat zusammenzugehen.

Weitere Nachrichten.

Streik im Berliner Opernhaus. Im Berliner Opernhaus mußte das Publikum sich dieser Tage vor Beginn der Lobengrinvorstellung wieder entziehen, weil das gesamte Chorpersonal in den Streik getreten ist.

Baden.

Karlsruhe, 18. Januar.

Am 20. Januar tritt die Verordnung des Staatskommissars für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 15. Januar 1919 über die Ersparung von Heiz- und Beleuchtungsmitteln (Gesetzes- und Verordnungsblatt S. 21) in Kraft, auf die bereits vor einigen Tagen hingewiesen wurde. Durch diese Verordnung wird die wöchentliche Arbeitszeit in allen gewerblichen Betrieben, die Kohle oder Stoffs zu anderen als Heizungszwecken verwenden, auf höchstens 32 Stunden festgesetzt. Unberührt von dieser Einschränkung bleiben Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Verkehrsanstalten, sowie Betriebe, die unter die Verordnung des Rats der Volksbeauftragten über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom

23. November 1918 (Rundschau S. 1329) oder unter die Verordnung der vorläufigen Volksregierung über die Erparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln vom gleichen Tage (Gesetzes- und Verordnungsblatt S. 412) fallen. Arbeiter, die infolge der behördlichen Verkürzung der Arbeitszeit Lohnkürzungen erfahren, werden nach den Grundlinien der Erwerbslosenfürsorge entschädigt. Diese Entschädigung soll durch die Betriebsunternehmer ausgezahlt werden, welche die ausgelegten Beträge ihrerseits mit der Gemeinde des Betriebsbesitzes zu verrechnen haben. Maßgebend für die Berechnung der Entschädigung sind die Unterstützungssätze am Ort des Betriebsortes.

Die Demobilisierungsausschüsse sind ermächtigt, in dringenden Fällen Ausnahmen von den Vorschriften der Verordnung zuzulassen. Ohne Genehmigung des zuständigen Demobilisierungsausschusses darf kein Betrieb stillgelegt werden.

Die Zurückführung von Waffen und Heeresgut in den Besitz des Reichs.

Soweit der Verkauf von Truppenpferden durch den Truppenkommandeur erfolgte, ist der Erwerb derselben als rechtmäßig im Sinne der Verordnung des Rats der Volksbeauftragten vom 14. Dezember 1918 anzusehen. Ist dagegen das Pferd von einem unbefugten Verkäufer erworben und deshalb abgeliefert, so wird, wenn die Ablieferung rechtzeitig erfolgt ist, der von dem Verkäufer gezahlte Preis zurückertattet. Auch kann ein solcher unrechtmäßiger Erwerb nachträglich durch die Zustimmung der Reichsvermögensverwaltung Giltigkeit erlangen. Gelinde um Anerkennung sind an die Reichsvermögensverwaltung in Karlsruhe zu richten, welche gegebenenfalls die Bedingungen festsetzen wird, unter denen der Kauf nachträglich genehmigt werden kann.

Die im Frühjahr abzuhaltenden theologischen Prüfungen werden beginnen: die erste am Montag, den 12. Mai d. J., die zweite am Montag, den 19. Mai d. J. Nähere Angaben finden sich in Nr. 1 des Kirchl. Gesetzes- und Verordnungsblattes vom 15. Januar d. J., S. 4.

Mit Entschließung Evang. Oberkirchenrats vom 21. Dezember v. J. ist Oberkonsistorialrat Hans Horchler bei der Evang. Pflanzschule in Heidelberg zur Evang. Kollektur Mannheim berufen worden.

Mit Entschließung Evang. Oberkirchenrats vom 15. Januar d. J. wurde Konsistorialrat Wilhelm Müller bei der Evang. Kirchl. Stiftungsverwaltung Offenburg in gleicher Eigenschaft zur Evang. Kollektur Mannheim berufen.

Nr. 5 des Badischen Gesetzes- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen des Staatskommissars für die wirtschaftliche Demobilisierung: die Erparung von Heiz- und Beleuchtungsmitteln betreffend; des Ministeriums des Innern: den Verkehr mit Opium betreffend.

* Badische Rundschau.

Durch die harten Waffenstillstandsbedingungen wird unser Badenland zum Teil besonders stark betroffen. Von den nach den Waffenstillstandsbedingungen bis zum 15. Januar 1919 an die Entente abzugebenden 5000 Lokomotiven entfallen auf die badischen Staatsbahnen nach einem vom Reichs-Eisenbahnamt aufgestellten Verteilungsschlüssel 110 Lokomotiven. Wie bekannt, befinden sich die Lokomotiven aller deutschen Eisenbahnverwaltungen jetzt nach einer Kriegsbauer von 4 1/2 Jahren in einem sehr schlechten Zustand. Besonders bei den badischen Staatsbahnen ist die Zahl der ausbehebungsbedürftigen Lokomotiven groß, weil die Bahnen infolge ihrer Nähe zum Kriegsschauplatz in weit höherem Maße als andere, durch Militärtransporte und andere Leistungen für den Nachschub und die Munitionsvorrichtung so in Anspruch genommen worden sind, daß dauernd Mangel an Lokomotiven bestand und nur die allernotwendigsten Unterhaltungsarbeiten an den Lokomotiven vorgenommen werden konnten. Obgleich für die Übergabe an die Entente nur solche Lokomotiven ausgesucht wurden, die sich im besten Unterhaltungszustand befanden, mußten doch alle zunächst noch einmal in den Werkstätten unterzucht und instandgesetzt werden. Nach wenigen Tagen waren die Werkstätten mit den Arbeiten an diesen Lokomotiven so überlastet, daß die Instandsetzung der im eigenen Betrieb notwendigen Lokomotiven zurückgestellt werden mußte und der Auslieferungszustand von 40 Prozent nahezu auf 60 Prozent gesunken ist. Die Lokomotiven, die für den auf äußerste eingeschränkten Verkehr noch verfügbar bleiben, werden deshalb häufig auf der Strecke schadhast, so daß die Züge nicht mehr pünktlich durchgeführt werden können und oft stundenlange Verspätungen erleiden oder ausfallen müssen. Unter diesen Verhältnissen müssen die Ansprüche, die von der französischen Übergabegruppe in Straßburg (die Übergabegruppe in Offenburg ist erst in den letzten Tagen eingerückt worden) an den Unterhaltungszustand der zur Übergabe angebotenen Lokomotiven gestellt werden, als ganz übertrieben bezeichnet werden. — Nach vor Ablauf der Frist haben die badischen Staatsbahnen in Straßburg anstelle von 110 Lokomotiven 132 vorgeführt, da erfahrungsgemäß mit der Zurückweisung einzelner Maschinen gerechnet werden mußte, übernommen wurden aber nur 44 Stück. Die Übergabekommissionen der Entente haben somit durch ihre weitgehenden Ansprüche die Erfüllung der auferlegten Verpflichtung unmöglich gemacht.

Der Bad. Landesverband des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen hat sich in die „Badische Verbraucher-Kammer“ umgewandelt. Als ihre Aufgaben bezeichnet sie folgendes: a) allgemeine Vertretung der Verbraucherinteressen; b) Förderung von Volkswirtschaft und Technik; c) Beratung der Behörden insbesondere durch Abgabe von Gutachten; d) Belehrung der Bevölkerung.

Der Mannheimer Stadtrat hat die einheitliche Regelung der Erwerbslosenunterstützung für das ganze Reich bei der badischen Regierung und der Reichsregierung dringend beantragt. Dabei sollen die Unterschiede der Kosten der Lebenshaltung berücksichtigt werden, etwa indem die Städte in bestimmte Klassen (wie bisher die Erwerbslosen) eingereiht werden.

In Karlsruhe-Grünwinkel soll eine neue Gartenvorstadt begründet werden, deren Aufgabenkommission von verschiedenen Gewerkschaften und Beamtengewerkschaften sowie von Vertretern der im Rheinhefen anässigen Industrien mit Unterstützung von Stadt und Industrie in tagelanger Weise betrieben wird. Das Gelände wird, wie der Vorsitzende des

vorberreitenden Ausflusses, Regierungsrat Dr. Kumpfmeyer, in einer dieser Tage abgehaltenen Besprechung mitteilte, zwischen der Darmstädter Landstraße, der nach Tagländen abliegenden Pfalzstraße und dem Albuser liegen. Der von Professor Sadur neu bearbeitete Bauplan sieht die Errichtung von 180 Wohnungen vor. Davon sind 32 Stockwerkwohnungen, die in 8 Vierfamilienhäusern untergebracht sind. Alle übrigen Wohnungen sind Einfamilienhäuser, die je nach dem Raumbedarf der Bewohner 3-5 Räume (einschließlich Küche) enthalten. Bei Bedarf sollen auch für Beamte oder andere Liebhaber etwas größere Häuser gebaut werden. Die Einfamilienhäuser, die als Reihenhäuser gebaut werden, sollen einen Garten von etwa 200 Quadratmeter erhalten, also eine Fläche, die bei guter Kultur ausreicht, um einen großen Teil des Gemüsebedarfs zu decken. Die Doppelhäuser erhalten Gärten von 300-400 Quadratmeter. Die Höhe der Miete kann jetzt noch nicht endgültig festgestellt werden. Da durch die Baukostenzuschüsse von Reich, Staat und Gemeinde die durch den Krieg verursachten Mehrkosten in wesentlichen gedeckt sind, wird die Miete gegenüber den früheren Friedenspreisen nur diejenige Erhöhung erfahren, die inzwischen für die vorhandenen Wohnungen bereits eingetreten ist. Mit staatlicher Bürgschaft werden 90 v. H. der dann noch übrigbleibenden Selbstkosten gedeckt werden können, so daß von der Genossenschaft für die Einzelwohnungen nur ein Kapital von durchschnittlich 5-6000 Mark aufzubringen bleibt. Außer den Reihenhäusern sollen auch Verkaufshäuser errichtet werden. Die Spekulation bleibt durch Verkaufsrechtsverträge ausgeschlossen. Es ist somit auch Kriegsbeschädigten Gelegenheit geboten, mit Hilfe der Kapitalisierung ihrer Rente sich ein Eigentum zu erwerben.

Die Stadt Karlsruhe hatte schon im vorigen Jahr einen Plan ausarbeiten lassen, nach dem die städtischen Abwässer durch Schaffung von Tiefseefeldern u. Nieschwiesen auf dem Hochgebirge von Teufels- und Welschneureut für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden sollen. Dieser Plan ist jetzt abgeändert worden. Man will die Nieschwiesen in nächster Nähe der Stadt unter Benützung des nördlichen Teiles des Exerzierplatzes und des daran angrenzenden Teiles des Hardwaldes anlegen. Durch baldigen Beginn der Arbeiten hofft man Arbeitsgelegenheit für einen großen Teil der Arbeitslosen schaffen zu können.

Der Konstanzer Volksrat hat im Einvernehmen mit der Regierung in Konstanz eine Fliegerstation errichtet, die dritte Station im Deutschen Reich. Sie soll mit Flugzeugen für Kurierdienst ausgerüstet werden. Dank der unentgeltlichen Überlassung von Gelände durch die Industrie und die städtische Verwaltung war es möglich, eine gute Unterkunft der Flugzeuge zu sichern. Die große Halle am Wäckerfluggelände wird nach der „Konst. Ztg.“ nach dem Exerzierplatz verlegt. Die Fliegerstation hat zwei Flugzeugführer und zwei Flugzeugmonteure als Personal. Die Leitung wurde dem Fliegeringenieur Ernst Schlegel von Konstanz übertragen.

Aus dem badischen Parteileben.

B.C. Der Vollzugsausschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Baden hat den kürzlich gebildeten Engeren Ausschuß der Partei durch Auswahl folgender Mitglieder ergänzt: Kaufmann Holterbach-Karlsruhe, Buchdruckereibesitzer Köhlin-Baden, Landwirt Keilger-Kiesbühl (Amt Wehrhahn), Oberrevisor Trautmann-Karlsruhe, Oberladetechnikermeister Weiler-Karlsruhe, Landgerichtsrat Dr. Wolffhardt-Ramstein.

Der frühere Staatsminister Dr. Freißner von Woburn ist der Deutschen Demokratischen Partei beigetreten und beteiligt sich u. a. an den in Karlsruhe veranstalteten politischen Einführungsstudien für Frauen.

oc. Mannheim, 18. Jan. Die Unabhängigen Sozialdemokraten verurteilten gestern ein Flugblatt, in welchem zu einer öffentlichen Demonstration aufgerufen wurde, um „gegen den gemeinen Meuchelmord an den treuen und ehelichen Kämpfern für das arbeitende Volk, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg“ Protest einzulegen. Diese Demonstration fand denn auch am Freitag mittag statt. An dem Zug beteiligten sich ungefähr 10000 Personen. Im Schloßhof hielten der ehemalige Minister Schwarz, sowie Hermann Kemmele und Stolzenburg Ansprachen, in denen der Tod Liebknechts und Rosa Luxemburgs bedauert wurde. Mit einem Hoch auf die Revolution schloß die, soweit bekannt geworden, ohne Zwischenfälle verlaufene Kundgebung.

B.C. Mannheim, 17. Jan. Nach dem Mannheimer Generalanzeiger soll das Gerücht über die Besetzung des rechten Rheinfers bei Mannheim durch Franzosen falsch sein. Die Entente will allerdings in unseren Rheinhäfen die Kontrolle der Schifffahrt durch französische Soldaten ausüben lassen. Die Kontrollzentrale dafür soll aber in Ludwigshafen errichtet werden.

B.C. Kehl, 16. Jan. Bei dem Bürgerwehrposten an der Rheinbrücke hat man eine Ehrenpforte errichtet und mit badischen und deutschen Fahnen geschmückt, um den aus dem Elsaß Angezwungenen einen deutschen Willkommengruß im Badenerlande zu bieten.

oc. Pforzheim, 17. Jan. Auf eine von hier aus an den Staatssekretär Erzberger wegen der Mädferte der deutschen Gefangenen gefandte Anfrage ist folgende Antwort eingegangen: Der sofortige Mädferttransport der Kriegsgefangenen ist der vornehmste Gegenstand der jetzigen Erzieher Verhandlungen.

oc. Konstanz, 17. Jan. Von einer deutschen Telegraphenagentur wird die Basler Mädfertmeldung verbreitet, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Franzosen Konstanz besetzen werden, weil die Spartakisten die Bürgerwehr entwaflnet und sich in terroristischer Weise betätigt haben. Die „Konstanzer Zeitung“ weist demgegenüber auf den übertriebenen Inhalt dieser (wahrscheinlich völlig aus der Luft gegriffenen Meldung) hin und bemerkt, Konstanz brauche keine französische Sicherheitswache, seitdem das Feldregiment selbst den Schutz der Stadt übernehmen habe.

Aus der Landeshauptstadt.

In der letzten Vollziehung des Volksrates am 16. Januar berichtete Herr Erb von der Erwerbslosenversammlung am 10. Januar und stellte fest, daß dort kein Beschluß gefaßt wurde, die Forderungen mit Gewalt durchzusetzen. Er berichtete ferner über die Gründung der freiwilligen Ordnungsmehr und teilte mit, daß sich der Vorstand des Volksrates dem Gedanken einer Bewachung dieser Mehr widersetzt habe. Seinem Wunsch wird Rechnung getragen. In einer Versammlung der Volkswehr wurde beschlossen, in der Öffentlichkeit eine Erklärung abzugeben, daß sie geschlossen hinter dem Volksrat und mit diesem hinter der Regierung steht. Da die 100er von Karlsruhe wegkommen, wird die Volkswehr auf 1500 Mann erhöht werden. Die letzte Landesversammlung der A., B. und Volksräte hat beschlossen, daß diese solange bestehen bleiben sollen, bis die Erwerbslosen der Revolution gesichert sind. Auf die Mitteilung, daß der Stadtrat beschlossen habe, eine Persönlichkeit aus Unternehmungskreisen dem Arbeitsamt und Erwerbslosenfürsorge vorzusetzen, wurde festgestellt, daß sich der Volksrat keineswegs damit einverstanden erklären könne. Bezüglich der Beamtenwehr wurde erklärt, daß diese durchaus nicht eine Maßnahme sein solle, die gegen die Volkswehr gerichtet sei, und daß sie nur auf Veranlassung der Regierung errichtet sei.

Berein Volksbildung. Wie schon in früheren Jahren veranstaltet der Verein Volksbildung von Karlsruhe auch in diesem Jahre eine Reihe von Vortragsabenden, die in der Techn. Hochschule genöthlich an den Dienstag-Abenden um 8 Uhr abgehalten werden. Es werden dabei Vortragsabende abgehalten von Dipl.-Ing. Hol. Eijlenlohr über die deutschen und feindlichen Flugzeuge, sowie das Flugwesen im Frieden und der Luftverkehr, von Prof. Paulcke die Entwicklungslehre in der Natur, Entwicklung der Erde als Weltkörper, der Pflanzen und Tierwelt, des Menschen in geologischen Zeiten, von Geheimrat Engler und Kollegen Ausgewählte Kapitel in der Kriegschemie, von Geheimrat v. Oechelhäuser über Albrecht Dürer und seine Zeit.

Büchertisch.

Im neuen Deutschland. Unter diesem Titel erscheint bei der Vossischen Buchhandlung, Berlin W. 32, eine Schriftenreihe, welche die aktuellen politischen Fragen der Gegenwart, wie sie sich in den Umwälzungen der letzten Wochen in der äußeren und inneren Politik gestaltet haben, behandelt. Aus dieser Sammlung liegt uns vor: Professor Hermann Jordan, Die Demokratie und Deutschlands Zukunft, Professor Jörn, Die Neugeburt des Völkerechts. Die erste Arbeit des Erlanger Hochschullehrers schildert die politische Lage und die neuen Aufgaben und wie und inwieweit die Demokratie und die begonnene Parlamentarisierung für die Bewältigung der schweren Zukunftsaufgaben von Bedeutung sein können, zugleich auch wo ihre Gefahren liegen. Der berühmte Völkerrechtler Geheimrat Professor Jörn, der Vertreter des Deutschen Reiches auf der Harper Ardenkonferenz war, gibt in seiner glänzend geschriebenen Schrift sein Urteil über die Frage des Völkerechts und des Völkerbundes ab, die heute so viele Herzen bewegen. Die Möglichkeiten der Vermeidung neuer Kriege, friedlicher Verständigung durch einen Völkerbund und durch Schiedsgerichte werden zugleich in Auseinandersetzung mit den neuesten Verfassungen auf diesem Gebiete von Jörn erörtert.

Wilhelm von Humboldt im Verkehr mit seinen Freunden. Eine Auslese seiner Briefe. (Verlag von Wilhelm Borngräber, Berlin.) (Gesamtband geb. 6.50 M.). — Wilhelm von Humboldt ist ein seltener Virtuose des Briefes gewesen. Der kennt nicht seine wunderbaren Briefe an eine Freundin. Der bekannte Herausgeber hat nun mehr als dreihundert Humboldtbriefe zusammengebracht und bietet aus dieser Schatzkammer mit liebevoller Sichtung die kostbarsten Humboldtbriefe und Briefstücke dar. Wir lernen den Staatsmann und den Gelehrten, den Gatten und Vater, den Freund und Förderer, den Zeitgenossen der Romantiker und Vertrauten Schillers und Goethes, den Kunstverständigen und den Organisator schäßen und genießen mit einem wechselvollen Reiz der einander bekämpfenden Bilder und

Skizzen das frohbelegte, bedeutende Leben Wilhelm von Humboldts, niedergehrieben mit seinem eigenen unnahelhaften Stil, von den Studententagen bis in die heroische Stille um den vereinsamten Weisen.

Ludwig-Nichter-Abreißkalender 1919. Verlag von Georg W. G. in Leipzig. Preis 3 M. — Die Auswahl der Bilder des trefflichen Kalenders ist auch diesmal eine sehr glückliche zu nennen. Märchenbilder erscheinen, Allegorien, Landschaften, Familien- und Kinderfiguren, und zwischen diesen sieht schelmisch hier und dort eine lustige Karikatur hervor oder feierlich eine Darstellung aus der nationalen oder der heiligen Geschichte. Wir wünschen diesem Kalender, der so urdeutsch und volkstümlich, der so herzerfreudend und herzensbildend ist, weiteste Verbreitung.

Staatsanzeiger.

Die badische vorläufige Volksregierung hat unter dem 4. Januar d. J. in gleicher Eigenschaft verkehrt: den Direktor des Lehrerseminars II in Karlsruhe, Joseph Dentes, an das Lehrerseminar in Heidelberg und den Direktor der letzteren Anstalt, Karl Sieber, an das Lehrerseminar II in Karlsruhe.

Die badische vorläufige Volksregierung hat unter dem 15. Januar d. J. den Bezirkstierarzt Dr. Alfred Reimeier in Basel als Bezirkstierarzt nach Müllheim verkehrt.

Die badische vorläufige Volksregierung hat unter dem 15. Januar d. J. den Bezirkstierarzt, Veterinärarzt Adolf Gruber in Breisach in gleicher Eigenschaft nach Konstanz verkehrt.

Mit Entschiedenheit des Ministeriums der Finanzen vom 10. Januar d. J. wurde Oberförster Franz Burger nach Wolfach verkehrt und dem Forstamt als zweiter Beamter zugewiesen.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat unter dem 13. Januar d. J. den Eisenbahnassistenten Ludwig Bender in Müllheim zum Eisenbahnsekretär ernannt.

Die Ernennung der Bezirksratsmitglieder für den Amtsbezirk Wolfach betr.

Landwirt Joseph Reumayer in Schnellingen wurde an Stelle des verstorbenen Altbürgermeisters Joseph Moser in Fischersbach als Mitglied des Bezirksrats für den Amtsbezirk Wolfach ernannt.

Dies wird mit Bezug auf die Bekanntmachung in der Karlsruher Zeitung — Staatsanzeiger — Nr. 159 vom 14. Juni 1914, 2. Blatt zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Karlsruhe, den 11. Januar 1919.
Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
Weingärtner. Dr. Schühly.

Die Lotterie des Vereins Invalidendank Bayer. Zweigstelle in Nürnberg betr.

Dem Verein Invalidendank — Bayerische Zweigstelle Nürnberg — wurde die Erlaubnis zum Vertrieb von 20000 Losen der von ihm veranstalteten Geldlotterie zur Unterstützung bayerischer Kriegsbeschädigter aus dem gegenwärtigen Kriege im badischen Staatsgebiet unter den nachstehenden Bedingungen erteilt:

Die zum Vertrieb in Baden bestimmten Lose müssen zuvor mit dem Stempel des badischen Ministeriums des Innern versehen werden.

Die Lose dürfen in Baden durch Ankündigung in badischen Zeitungen und in anderer Weise unter Angabe badischer Bezugsquellen angeboten werden.

Karlsruhe, den 8. Januar 1919.
Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
Pflisterer. Dr. Schühly.

Die Lotterie zugunsten der Erbauung der Kriegsgebedächtniskirche in Nürnberg betr.

Dem Arbeitskomitee zur Erbauung der Kriegsgebedächtniskirche St. Ludwig in Nürnberg wurde die Erlaubnis zum Vertrieb von 10000 Losen zu 3 M. der von ihm veranstalteten Lotterie zugunsten der Erbauung der Kriegsgebedächtniskirche in Nürnberg im badischen Staatsgebiet unter den nachstehenden Bedingungen erteilt.

Die zum Vertrieb in Baden bestimmten Lose müssen zuvor mit dem Stempel des badischen Ministeriums des Innern versehen werden.

Die Lose dürfen in Baden durch Ankündigung in badischen Zeitungen und in anderer Weise nur unter Angabe badischer Bezugsquellen angeboten werden.

Karlsruhe, den 15. Januar 1919.
Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
Weingärtner. Dr. Schühly.

Möbelhaus

Wir zeigen hiermit die
Eröffnung unserer Verkaufsräume
Ecke Kaiser-Douglasstr. (Hauptpost)
an und laden zu freundlichem Besuche derselben ein.
Mühlburg Philippstr. 19 Telefon 5224.

Gebr. Karrer

Todes-Anzeige.
Nach langem schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden starb heute nacht wohl vorbereitet mein lieber Mann, unser treubesorgter Vater, Bruder, Schwiegersohn und Schwager
August Berthold
Obersteuerinspektor
im Alter von 49 Jahren.
Stockach, den 16. Januar 1919.
In tiefer Trauer:
Frau Eugenie Berthold geb. Kraus.
Die Beisetzung findet in Tauberbischofsheim statt.

Am 15. d. Mts. entschlief nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber A. H. und Verbindungsbruder
Leopold Diemer
Forstmeister in Gengenbach
(aktiv 79/80).
Karlsruhe, den 17. Januar 1919.
Forstverbindung Hubertia
I. A. d. B. C.
Sattler p x x.

Badisches Landestheater
Im Konzerthaus:
Sonntag, 19. erm. Preise: Sonntag, 19. (So. 9.):
Pension Schöller **Der Rosenkavalier**
nachmittags 1/2-4 Uhr abends 1/6-1/10 Uhr

Wer **Hypothekengeld** sucht oder anzulegen hat, wende sich an **Joseph Liebmann** Karlsruhe i. B. Telefon 75
M. 1500000
habe ich unter günstigen Bedingungen an eine Stadtverwaltung abzugeben.
Joseph Liebmann Karlsruhe i. B. Telefon 75

Aufruf. An die Landbevölkerung!

Stunden der größten Not sind in unserem Vaterlande angebrochen. Die Aufrechterhaltung unserer inneren Wirtschaft ist auf das schwerste gefährdet. Mangel an Kohlen und Rohstoffen legen die Industrie in großem Umfange lahm. Ungezählte zurückkehrende Krieger sind arbeits- und erwerbslos. Es wird unmöglich sein, diesen allen und den vielen anderen erwerbslos gewordenen Arbeitern in Industrie und Handwerk Unterkunft, Nahrung und Arbeit zu geben. Hier muß und kann das Land helfen. Landwirte, Ihr habt in aufopferndster Weise und unter Einsetzung Eurer ganzen Kraft bisher geholfen! Helft auch jetzt, die zurückkehrenden Krieger und alle anderen, die keine Arbeit finden, auf dem Lande zu beschäftigen. Gebt ihnen Arbeit, Nahrung und Wohnung, auch dann, wenn Ihr Euch selbst im Raum beschränken müßt. Baut Wege, melioriert Eure Felder und Wiesen, macht Waldarbeiten, kurz, schafft Arbeit! Das ist jetzt eine hohe, sittliche Pflicht der Landwirtschaft.

Ohne Opfer wird und kann es dabei nicht abgehen. Über allem aber muß jetzt die Forderung der Erhaltung unserer landwirtschaftlichen Kraft und der inneren Ruhe und Sicherheit stehen. Steigert die Erzeugung, soweit es irgend möglich ist, nehmt an Menschen auf, soviel als Ihr nur irgend unterbringen könnt und arbeitet so mit am Wohle unseres Vaterlandes. Was vom Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation geschehen kann, um der Landwirtschaft zu helfen, wird geschehen.

Arbeiter!

Industrie und Handwerk, die Euch bisher beschäftigt haben, liegen darnieder. Die Kohlen- und Transportnot zwingt sie zur Einstellung oder Einschränkung der Arbeit. Das Land aber braucht Arbeiter. In den landwirtschaftlichen Betrieben ist überall vieles nachzuholen. Nichts ist jetzt wichtiger als die Sicherung unserer Ernährung. Landverbesserungen, Wegebauten und viele andere Arbeiten ähnlicher Art harren der Ausführung. Bei der Bestellung und Ernte des kommenden Wirtschaftsjahres können viele Arbeiter lohnende Beschäftigung finden. Es gilt, den Boden bis zum letzten Fleckchen zu bebauen.

Das Land ruft Euch und braucht Euch!

In jedem größeren Verwaltungsbezirk sind landwirtschaftliche Arbeitsnachweise vorhanden. Wendet Euch an sie, Ihr werdet Arbeit finden und helft so am besten Eurem Vaterland.

Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation

(Demobilisationsamt).
Roeth.

Zur Beachtung! Die Stimmzettel

der Deutsch-nationalen Volkspartei werden in diesen Tagen sämtlichen Wahlberechtigten der Stadt Karlsruhe zugestellt. Fürsorglich liegen außerdem noch Stimmzettel in folgenden Lokalen zum Abholen bereit:

1. Geschäftsstelle Roman-Anlage 5,
2. in der Buchhandlung Müller & Gräff, Seminarstraße und Kaiserstraße (Mittelstadt),
3. Buchhandlung Schmidt, Kaiserstraße (Mittelstadt),
4. Buchhandlung Müller & Gräff, Mühlburgertor (Weststadt),
5. Kaufmann Schuler, Sökenstraße 51 (Weststadt),
6. Papierhandlung Pfeiffer, Kurvenstraße 23 (Südweststadt),
7. Kaufmann Koth, Racherstraße 19 (Oststadt),
8. Herr Wieland, Maraustraße 47 (Mühlburg).

Auch werden am 1. März vor den Wahllokalen wieder Stimmzettel abgegeben.

Der Wahlausschuß der Deutsch-nationalen Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden).

Schuhe

Hauschuhe, ohne Bezugschein, dauerhafte Verarbeitung, mit echter Lederspitze, pro Paar 7,20 Mk. freie Zusendung. Lieferung nur gegen vorherige Einsendung des Betrages. Bei Nichtgefallen garantieren wir bereitwillige Zurücknahme und Rückzahlung des Betrages. Um genaue Angabe der Adresse und Schuhnummer wird gebeten.
Garantie f. gute Ankunft. Versand gestattet.
Schuhwaren-Fabrik Mimbach (Rheinpfalz).

Aufforderung des Ausschusses d. Arbeitslosenfürsorge der Stadt Karlsruhe.

Bürger und Bürgerinnen, die zur Unterstützung des Ausschusses bereit sind, werden gebeten, sich

Schloßbezirk Nr. 6, Küchegebäude,
zu melden. 8-866

Der Ausschuß:

Jakob Fuchs, Heinrich Knippendörfer, Ferdinand Lindenmeyer, August Philipp, Bruno Ziegler.

Ortsauschuß vom Roten Kreuz!

Nachdem der Transport von Verwundeten über die hiesigen Bahnhöfe aufgehört hat, die Lazarett in Karlsruhe geschlossen und die mit der Auflösung derselben verbundenen Geldkässe abgewickelt sind, ist es uns eine angenehme Pflicht, allen Damen und Herren, die in treuer Opferwilligkeit, mit regem Eifer und unermüddlicher Ausdauer in den verschiedenen Zweigen unserer Kriegstätigkeit mitgewirkt und zu dem Erfolg unserer Arbeit wesentlich beigetragen haben, hiermit öffentlich unsern aufrichtigsten und herzlichsten Dank auszusprechen. Möge das Bewußtsein, dem Vaterland in schwerer Zeit wertvolle Dienste geleistet zu haben, allen unseren Mitarbeitern auf den verschiedenen Gebieten der Kriegswohlfahrtspflege ein befriedigendes und eine feurere Erinnerung für alle Zukunft sein.

Der Vorsitzende des Gesamtvorstandes: gez. General Limberger.

Für die Lazarettabtlg.: Für die Transportabtlg.: Für die Depotabtlg.:
Geheimer Rat Mäler. Pechter. Dr. Stroebe.

Holzschuhe.

Buchen, garantiert fehlerfrei, hohe Form, in den gängbarsten Männer- und Frauengrößen bei größerer Abnahme 1.90 Mark pro Paar. Höchstverkaufspreis 7.95 Mk. pro Paar. Auftragsendung (große Bahnsendung, sortiert in den gängbarsten Größen Herren- und Frauenschuhen), zu 75 — Mk. franco nur gegen vorherige Einsendung des Betrages. Bei Nichtgefallen garantieren wir bereitwillige Zurücknahme und Rückzahlung des Betrages. Um genaue Adresse und für Bahnsendungen Angabe der Güterstation wird gebeten.
Garantie für gute Ankunft. Versand gestattet.

Holzschuh-Fabrik Mimbach

(Rheinpfalz). 8783

Bernfsbürgermeister

Der Bürgermeisterposten der Stadtgemeinde Gernsbach soll alsbald durch einen besetzt werden. Geeignete Bewerber, gebürtige Badenener, werden gebeten, ihre Gesuche unter Angabe der Gehaltsansprüche bis 1. Februar l. J. bei unterzeichnetem Gemeinderat einzureichen. 87021
Gernsbach, den 16. Februar 1919.
Der Gemeinderat.

Technische Hochschule Karlsruhe.

Das Wintersemester schließt am 31. Januar. Vom 5. Februar bis 5. April wird ein Zwischensemester eingeschoben, das Kriegsteilnehmern als Vollsemester angerechnet wird und dazu bestimmt ist, durch Wiederholungs- und Einführungslehre die erst nach Beginn des Wintersemesters aus dem Felde zurückgekehrten Herren soweit zu fördern, daß sie den Vorlesungen im Sommersemester gut folgen können, sowie Gelegenheit zur Arbeit in Konstruktions- und Übungsfällen und in den Laboratorien zu geben. Anmeldefrist bis 6. Februar. Näheres zu erfragen beim Sekretariat. 8777
Rektor und Senat.
J. V. Hausrath.

Privatpargessellschaft in Karlsruhe.

Die zur Abrechnung vorgelegten Sparbücher werden gegen Rückgabe der Empfangsscheine
Freitag, den 17. Januar 1919,
Samstag, den 18. Januar 1919,
Montag, den 20. Januar 1919,
jeweils von Morgens 9 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr ununterbrochen (ohne Mittagspause) wieder ausgefolgt. 8588.32
In den genannten 3 Tagen können Einlagen wieder angenommen noch zurückgezahlt werden.
Karlsruhe, den 15. Januar 1919.
Der Verwaltungsrat.

Badisches Landestheater.

Mont., 20. (No. 17.): „Als ich noch im Flügelkleide“, 7-9 (4.30 Mk.). — Dienst., 21. (Die. 18.): „Alessandro Stradella“, 7-9.15 (4.30 Mk.). — Mittw., 22.: „Sondervorst. „Dannert“, 7-9 1/2 (4.30 Mk.). — Donnerst., 23. (Do. 18.): „Frieda“, 7-9 (4.30 Mk.). — Freit., 24. (Fr. 17.): „Der Herr von S. — Die fünf Frankfurter“, 7-9 1/2 (4.30 Mk.). — Samst., 25. (Sa. 17.): „Die fünf Frankfurter“, 7-9 1/2 (4.30 Mk.). — Sonnt., 26. (Sonntagsvorst.): „Der Bajazzo“, — „Cavalleria rusticana“, 6 1/2 (7.30 Mk.). — Mont., 27. (Mo. 18.): „Frieda“, 7-9 (4.30 Mk.).
Im Landestheater in Baden-Baden. Freit., 24.: „Die fünf Frankfurter“, 5 1/2.
Die Miete für das 2. Halbjahr, die bis mit Samstag, den 18., an der Kongerthauskasse nicht einbezahlt wird, wird von Montag, den 20., an im Hause der Mieter erhoben. Bei Mietern, die sich von der Verlegung ihrer Plätze ins Kongerthaus ausgeschlossen haben, unterbleibt vorläufig der Einzug. 815

Bürgerl. Rechtspflege a. Streitige Gerichtsbarkeit.

3.419. Baden. Im Konkursverfahren über den Nachlaß der lebigen Privatkauffrau Luise Eiserich von Baden ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin bestimmt auf
Samstag, 8. Febr. 1919,
vormittags 10 Uhr,
vor dem Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 17.
Baden, 15. Jan. 1919.
Der Gerichtsschreiber des
Bad. Amtsgerichts.

3.399. Mannheim. Die Verwaltung des Nachlasses des am 26. Februar 1918 in Mannheim verstorbenen, daselbst wohnhaft gewesenen Kaufmanns Alfred Richard Lewyn wird aufgehoben.
Mannheim, 14. Jan. 1919.
Notariat 3 als Nachlassgericht.

3.364.2. Rensingen. Der Bureauassistent Müllerer dahier hat als Nachlasspfleger beantragt, den verschollenen Wilhelm Maurer, geb. am 15. Mai 1842 zu Oberhausen und

Badisch-pfälzischer Güterverkehr

Auf 21. Januar 1919 wird zum Tarif vom 1. 8. 06 ein zeitweiliger Nachtrag ausgegeben. Er enthält die Tarifentfernungen, die während der Befreiung der linksrheinischen Gebiete für die Frachtrechnung gelten. 3.408
Verkaufspreis 25 Pf.
Karlsruhe, 16. Jan. 1919.
Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.

In meiner neu eingerichteten Werkstätte werden
Schreib-Maschinen
aufs beste hergerichtet und alle Schäden schnellstens
repariert. 8783
J. C. Mosetter Nachf., Karlsruhe
Inh. Wilh. Präter
Kaiserstraße 223 Telefon 3172

Alten-, Altpapier, Zeitungen usw.
unter Garantie des Einstampfens,
**Frauenhaare, Männer- und
Zierhaare**
Metalle, Flaschen, Lumpen
kaufen zu höchsten Tagespreisen.
Größere Mengen werden abgeholt. Günstige
Abfertigung für Sammler. 8865
Zuschriften erbitten
Kerzner, Alpern, Weißmann & Co.
Karlsruhe
37 Analtentstraße 37 Fernsprecher 3729.

Krankenhilfe für Helfer u. Helferinnen betr.

Helfer und Helferinnen, die im Ausland im Dienst der Heeresverwaltung tätig waren und dort entweder einer Betriebskrankenkasse als Mitglied angehörten oder vertraglich Anspruch auf Krankenfürsorge gegen die Heeresverwaltung hatten, können „Krankenhilfe“ in der Heimat in Anspruch nehmen, wenn sie innerhalb drei Wochen nach der Entlassung erkrankten, ohne inzwischen Mitglied einer anderen Krankenkasse geworden zu sein. Das Kriegsministerium hat die Krankenkassen durch Vermittlung des Reichsversicherungsamts gebeten, den Helfern in ihrem jetzigen Aufenthaltsorte „Krankenhilfe“ für Rechnung der zuständigen Betriebskrankenkasse oder der Heeresverwaltung zu veranlassen, wenn sie sich durch ihre Beiträge oder sonstigen Papiere über ihre Berechtigung ausweisen können. Ist ihnen dies nicht möglich, dann tun sie gut, sich schleunigst an die Kriegsamtsstelle zu wenden, durch deren Vermittlung sie den Dienst im Ausland angetreten haben, damit ihnen von dort die nötigen Ausweisegestellt werden können. 3.407.3.2.1
Bezirksamt Karlsruhe. — Versicherungsamt.

GALERIE MOOS

KARLSRUHE/B.
Kaiserstr. 187
3. bis 24. Januar 1919
35. Sonderausstellung
R. DURM, M. KROPP
W. HEMPFING

GEÖFFNET:
Werktags von 10—6 Uhr,
Sonntags von 11—1 Uhr
und 2—4 Uhr.

Gesucht per sofort oder
1. Februar für junges Ehepaar in nur ganz gutem
Hause eine freundliche
Wohnung
von 3—6 Zimmern, Küche
und sonstigen nötigen Zubehör.
Offerten erbitten
Dr. Feldner, Heidelberg
Anlage 33.

Bürgermeister-Stelle.

Die Stelle des Bürgermeisters der Stadt Gausach ist alsbald zu besetzen.
Im Verwaltungsdienst durchaus erfahrene Bewerber wollen sich unter Bezeichnung der Gehaltsansprüche, Vorlage von Zeugnissen und kurzem Lebenslauf bis spätestens 22. Januar 1919 an uns wenden. 8562.
Gausach, 14. Jan. 1919.
Der Gemeinderat.

3.350. Weinheim. Nach Abhaltung des Schlußtermins wird das Konkursverfahren über den Nachlaß des Malers Friedrich Gartner in Weinheim aufgehoben.
Weinheim, 8. Jan. 1919.
Amtsgericht 1.